

Ressort: Finanzen

Bundesregierung könnte Kohlekraftwerke mit Grenzwerten abschalten

Berlin, 07.02.2016, 13:57 Uhr

GDN - Sollten die Gespräche über einen geordneten Kohleausstieg bis 2050 in diesem Jahr scheitern, hat die Bundesregierung einen Plan B in der Hinterhand: Ende dieses Jahres oder zu Beginn des kommenden Jahres will die Europäische Union die sogenannte Minamata-Konvention ratifizieren. Dieser 2013 vereinbarte Weltvertrag zur Minderung des Quecksilber-Eintrags in die Umwelt verlangt, dass die Quecksilberemissionen weltweit gesenkt werden, berichtet der "Tagesspiegel".

Deutschland plant das Abkommen gemeinsam mit der EU zu ratifizieren. Im Anschluss daran will die Regierung die Grenzwerte für die Quecksilberemissionen aus Kohlekraftwerken neu regeln. Das teilte ein Sprecher des Umweltministeriums mit. Da in Deutschland "Kohlekraftwerke mit einem Anteil von 70 Prozent zu den Gesamtemissionen von Quecksilber beitragen", hat die Regierung dann einen weiteren Schlüssel in der Hand, um alte Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen. "Es ist unser Ziel, dass die Quecksilberemissionen aus Kohlekraftwerken so niedrig wie möglich sind. Dazu muss die beste verfügbare Technik zum Einsatz gebracht werden", sagte der Sprecher. Das lohne sich für alte Braunkohlekraftwerke nicht mehr.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-67453/bundesregierung-koennte-kohlekraftwerke-mit-grenzwerten-abschalten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619